SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

My time is my own: eine transnationale Studie und ihre Ergebnisse aus Deutschland

Huber, Helga

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Huber, H. (2004). *My time is my own: eine transnationale Studie und ihre Ergebnisse aus Deutschland.* Tübingen: Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-260706

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Helga Huber

MY TIME IS MY OWN -
eine transnationale Studie und ihre Ergebnisse aus Deutschland

Bei dem europäischen Projekt MY TIME IS MY OWN handelte es sich um eine transnationale Studie, in der in verschiedenen Ländern neue Formen der „Zeitnutzung“ im Umgang mit sozialen Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gesammelt und ausgewertet wurden. Die Auswertung sollte qualitative Indikatoren ermitteln, die es Verwaltungen, Organisationen, Firmen, usw. erlauben, sich bei der Planung von innovativen Projekten zur Zeitgestaltung an Ergebnissen aus bestehenden Praxiserfahrungen orientieren zu können. Die Untersuchungsergebnisse wurden im Abschlussbericht in englischer Sprache verfasst und unter http://www.tifs.de veröffentlicht.

Das Projekt wurde vom italienischen Forschungsinstitut „Le Nove - Cooperativa di studi e ricerche sociali“ und der italienischen Organisation CesRe / Centro di solidarieta’ di Reggio Emilia durchgeführt. TIFS e.V. in Kooperation mit IRIS e.V. waren gemeinsam mit ITD - Innovacion, Transferencia, Desarrollo - , Barcelona/Spanien und CEEFIA, Paris/Frankreich die transnationalen PartnerInnen.

Der folgende Text enthält die Ergebnisse aus Deutschland. Zum besseren Verständnis des Hintergrundes, in dem die Fragestellung und der deutsche Bericht stehen, werde ich zunächst den Wandel von Zeitstrukturen im Kontext des gesellschaftlichen Wandels und das Projekt „My time is my own“ skizzieren sowie einige „Neben“-Ergebnisse aus der Recherche in Deutschland thematisieren. Anschließend folgt der Auszug deutscher Ergebnisse aus dem abschließenden Forschungsbericht.

1 Gesellschaftlicher Kontext - Wandel von Zeitstrukturen

Industriegesellschaften befinden sich in einem strukturellen Wandel hin zu Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften. In diesem Prozess lösen sich etablierte, eingespielte und vielfach starre Strukturen der Industriegesellschaft auf. Dies gilt in besonderem Maße auch für die traditionellen Zeitstrukturen, ist doch dieser Prozess mit einem gravierenden Wandel von Zeitnutzung/Zeitgestaltung verbunden.

Die Auflösung der starren Strukturen zeigt sich in der Erosion von „Normalarbeitszeit“-Verhältnissen, an deren Stelle veränderte Arbeitsformen und Arbeitszeiten treten, die u.a. mit der Flexibilisierung von Zeiten, der Veränderung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, usw. verbunden sind. Mit der historischen Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung wächst zugleich auch die Komplexität wechselseitiger Abstimmung. Soziale Synchronisation wird damit notwendiger und schwieriger zugleich. Und das vor allem dort, wo viele Menschen ihre Tätigkeiten und Bedürfnisse miteinander koordinieren müssen.

In diesem Wandlungs- und Synchronisationsprozess rückte das Zeitgefüge zunehmend in den Blick politischer Gestaltung. In Deutschland gilt Zeit herkömmlich im Zusammenhang mit Berufsarbeit als etwas Verhandelbares. Geißler schreibt dazu, dass in Deutschland die Arbeitszeitdiskussion von der Debatte um die Alltagszeit getrennt sei, während diese Diskurse

in Italien gezielt miteinander verknüpft wurden.(Geißler 2000, S. 40). So wurde das Modell, die Anforderungen der unterschiedlichen Bereiche des Alltagslebens im städtischen Kontext besser zu koordinieren, in Italien entwickelt. Die Debatte um die Verankerung von Zeitgestaltung in Gesetzen formierte sich dort Ende der 80er Jahre, sie wurde wesentlich von der autonomen und gewerkschaftlichen Frauenpolitik auf den Weg gebracht. Schließlich verabschiedete das italienische Parlament ein Gesetz zur städtischen Zeitpolitik[1]. Viele italienische Städte entwickelten seither neue „Zeitpolitiken", die auf kommunaler Ebene institutionalisiert wurden.

2 Das transnationale Projekt "My time is my own"

Es ist kein Zufall, dass das Projekt „My time is my own" von dem Institut „Le Nove - Cooperativa di studi e ricerche sociali" initiiert wurde, sind doch Wissenschaftlerinnen dieses Instituts seit Jahren mit der Durchführung von Studien an den Implementationsprozessen innovativer Zeitprojekte in italienischen Kommunen beteiligt.

Le Nove entwickelte das Konzept für „My time is my own" und erlangte gemeinsam mit dem Centro di Solidarietà di Reggio Emilia/Itlalia (Koordination) die Finanzierung durch die Europäische Kommission. An der Umsetzung des transnationalen Projektes beteiligten sich außerdem im europäischen Netzwerk die weiter oben genannten Organisationen aus Spanien, Frankreich und Deutschland.

Das Ziel, qualitative Indikatoren für Qualitätsstandards zu ermitteln, sollte anhand von Good-practice-Beispielen aus den beteiligten Ländern erreicht werden. Dazu wurden in jedem Land jeweils 5 Aktionen, Projekte oder Modelle ausgewählt, deren Praxis beschrieben und ausgewertet. In Deutschland sind neue Formen des aktiven gestalterischen Umgangs mit Zeitpolitik unter dem Thema ZEITEN DER STADT entwickelt und umgesetzt worden. Die (wenigen) Städte, die diese Politik in Deutschland initiierten, orientierten sich an den Erfahrungen aus italienischen Städten. Der DGB und die Gewerkschaft VER.DI haben dieses Thema ebenfalls aufgegriffen und sind seit einiger Zeit auf dem Wege, verschiedene Praxismodelle zu entwickeln. In die Studie „My time is my own" wurden Projekte aus den Städten Bremen, Hamburg und Hanau und ein Projekt der Gewerkschaft VER.DI in Berlin in die Analyse einbezogen.

Die Planung des Projektes sah vor, Interviews mit Verantwortlichen aus den gewählten Praxisbeispielen durchzuführen. Wegen des engen finanziellen Rahmens, konnten in Deutschland lediglich projektbezogene Telefongespräche umgesetzt werden. Da sämtliche einbezogenen Projekte umfassend bzw. im Fall Bremen sehr umfassend in Veröffentlichungen und im Internet dokumentiert wurden, bestand die Analyse in Deutschland zu einem großen Teil aus der Dokumentenanalyse. Die in den vier beteiligten Ländern zusammen getragenen Fälle wurden anhand einheitlicher Raster beschrieben und ausgewertet. Diese wurden von Le Nove entwickelt und bei gemeinsamen Treffen der Partnerorganisationen diskutiert und überarbeitet. Der Schlussbericht wurde von Le Nove verfasst.

[1] Diesen Prozess beschreiben Paola Nava und Maria Merelli in der Studie „My time is my own" 2003, S. 53-54 und Birgit Geißler in dem Aufsatz „Alltagszeit und die ‚Zeiten der Stadt' – Von Italien lernen" 2000, S. 37-39.

3 Einige „Neben“-Ergebnisse für Deutschland: Anforderungen an Zeitgestaltung und Synchronisation von Zeiten aus frauenpolitischer Sicht.

Jenseits der Projektziele ergab die Recherche in Deutschland, dass die Auswirkungen von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen oftmals unter der Rubrik „Soziales“ (z.B. Kinderversorgung, Pflege, aber auch „bürgerschaftliches Engagement“, u.a.m.) verhandelt werden und selten mit dem Begriff „Zeit“ verbunden werden. Es erscheint lohnenswert, innovative städtische Konzepte und Strategien unter dem Aspekt der „Zeitpolitik“ anstelle von Sozialpolitik zu untersuchen. Gerade für die Interessen von Frauen, die in der Regel immer noch dafür zuständig sind, Alltags-Arbeitszeit zu leisten und die Vereinbarkeit von Berufs-Arbeitszeit und Alltags-Arbeitszeit zu organisieren, eröffnen sich neue Argumentationsräume, weil die Projekte durchgängig die Idee verfolgen, Auswege aus dem einseitigen Abhängigkeits- und Machtverhältnis zwischen Taktgebenden und Taktnehmenden zu weisen. Taktgebende sind z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen (mit ihren gesetzlich geregelten und amtlich festgelegten Öffnungszeiten), Verkehrsbetriebe (die Fahrtakte vorgeben), Behörden (mit ihren Ansprechzeiten), usw., Taktnehmende sind Eltern, Beschäftigte, Kunden, usw., die sich anpassen müssen. Der Gestaltungsprozess in den Zeit-Projekten bezieht sich darauf, diese Verhältnisse zugunsten der BürgerInnen zu lösen, indem zwischen Taktgebenden und Taktnehmenden vermittelt wird. Eine weitere Öffnung wird ermöglicht, wenn die Beteiligten an Verhandlungsprozessen zur Zeitpolitik als Zeitanbietende und Zeitnachfragende angesehen werden. Dann zeigt sich, dass eine Person sowohl Zeitanbietende als auch Zeitnachfragende sein kann. Dieser Aspekt bildet das Kernstück des Praxisprojektes „Zeitfragen sind Streitfragen“, das aktuell vom Ressort Frauen- und Gleichstellungspolitik der Gewerkschaft VER.DI durchgeführt wird. Beschäftigte als AnbieterInnen von Dienstleistungen aus den Bereichen Pflege, Kita, und Einzelhandel, die andrerseits als Patientinnen, Kundinnen, usw. NutzerInnen der Angebote sind, verhandeln, unter Einbezug der Arbeitgebenden, die Synchronisation von Zeiten.

Ein anderes Ergebnis war, dass - wie in den anderen europäischen Löndern - auch in Deutschland viele Zeit-Projekte von frauenpolitischen Interessen ausgingen, z.B. Frauenplenum und Frauenbüro Hanau, Senatsamt für die Gleichstellung in Hamburg, Ressort Frauen- und Gleichstellungspolitik bei VER.DI, usw. In diesem Zusammenhang ist die Aussage wichtig, nach der es die Perspektive auf „Zeitgestaltung“ in der deutschen frauenpolitischen Diskussion zur Lebenslage von Frauen ermöglicht, eher die Chancen als die Pflichten und Belastungen (wie der Begriff der Doppelbelastung assoziiert) hervor zu heben. (Vgl. Geißler 2000, S. 41). Aus frauenpolitischer Sicht eröffnet die Perspektive auf „Zeitpolitik“ einen neuen Zugangsweg in Verhandlungsprozessen zur Umverteilung von Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Veränderung von Arbeits- und Öffnungszeiten in Dienstleistungsbereichen, Ganztagsschulen und -versorgung von Kindern, usw.

4 MY TIME IS MY OWN – National report. Germany

Der nachfolgende Text ist der in deutscher Sprache verfasste Auszug aus dem in englischer Sprache im Nobember 2003 fertig gestellten Untersuchungsberichts „My time is my own – A project for analysis and research on the social situation, demography and the familiy“, S. 102-123. Eine Tabelle zu den deutschen Good-practice-Beispielen ist im Gesamtbericht auf den Seiten 121-123, das Erhebungsraster auf den Seiten 126-128 zu finden.

4.1 Der Kontext: Gesetze und Zeitpolitiken

Die deutsche Gesetzgebung ist durch zwei wichtige Grundsätze gekennzeichnet, Föderalismus (die Länder sind für einen Teil der Gesetzgebung verantwortlich) und Subsidiarität. Subsidiarität ist ein politischer Grundsatz, demzufolge übergeordnete gesellschaftlich-öffentliche Einheiten (Bund, Länder) nur solche Aufgaben übernehmen sollen, die von untergeordneten Einheiten (Kommunen, Verbände, Familien) nicht übernommen werden können, weil sie deren Leistungsfähigkeit übersteigen.

Die spezifischen Zeitstrukturen und Synchronisationsarten von Arbeits-, Betriebs- und Öffnungszeiten werden in Deutschland bestimmt durch

- *Gesetzgebung*
  Bund und Länder
- *Tarifverträge*
  Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
- *Lokalpolitik*
  Neue Ansätze von Zeitpolitik auf kommunale Ebene

Einige Grundlagen, auf denen Zeitpolitik jeweils entwickelt werden kann und der Stand der Entwicklung, werden nun kurz skizziert.

Staatliche Rahmenbedingungen für Zeitpolitik

Der Bund (Staat) reguliert einige Zeitrahmen auf nationaler Ebene. Insbesondere die Gesetzgebung zur Arbeit an Sonntagen, zu Ferienzeiten und Ladenöffnungszeiten sind Aufgabe des nationalen Parlaments. Einige Streitpunkte und Ergebnisse:

- Das Verbot der Sonntagsarbeit wird z.B. von verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppierungen immer wieder kritisiert, aber vor allem von den Kirchen verteidigt.
- Die Öffnungszeiten des Einzelhandels werden durch ein Bundesgesetz geregelt. Seit Jahren gibt es eine Diskussion, die Öffnungszeiten zu verlängern. Mitte 2003 wurde ein Gesetz für längere Ladenöffnungszeiten in den Abendstunden verabschiedet.
- Der Anspruch auf Erziehungszeiten und Erziehungsgeld für berufstätige Eltern wird in einem Bundesgesetz geregelt. Wichtige Punkte sind: Anspruch auf Erziehungszeit bis zum vollendeten 3. Lebensjahr; Erziehungszeit kann von den Eltern gemeinsam genommen werden; bis zu einem Jahr der Erziehungszeit kann bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres des Kindes gewährt werden; Anspruch auf Erziehungszeit und Erziehungsgeld besteht auch bei Arbeitszeiten bis 30 Wochenstunden; Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in der Erziehungszeit in Betrieben mit mehr als 15 ArbeitnehmerInnen.
- Die Länder sind zuständig für die Betriebs-/Öffnungszeiten von Schulen, Universitäten, Kindertagesstätten (Kindergärten, Horte, usw.). Vor allem für die Kindertagesstätten wurden enge Regelungen getroffen. Das gilt vor allem für die Öffnungszeiten, die sehr eingegrenzt sind. Seit Jahrzehnten gibt es Initiativen und schrittweise Ergebnisse zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Weil das ein zäher und langwieriger Prozess ist, ist es verständlich, dass die Zeitpolitik in Städten von Frauen aufgegriffen wird, die Probleme mit der Versorgung von Kindern in Kindertagesstätten haben.

Tarifverträge

Auf der Grundlage der Tarifautonomie (Subsidiarität) sind Verhandlungen über Arbeitsszeiten das Recht von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Deswegen ist Zeitpolitik ein wesentliches Thema in den Gewerkschaften. Sie war bisher vor allem Arbeitszeitpolitik (im einzelnen z.B. 35-Stunden-Woche, flexible Arbeitszeiten, Langzeit- und Lebensarbeitskonten, usw.) bezogen auf Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Betrieben. Seit Jahrzehnten bemühen sich jedoch Frauen in den Gewerkschaften um die Berücksichtigung von persönlichen und sozialen Anforderungen, vor allem um die Verknüpfung von Erwerbsarbeitzeiten mit Zeiten von Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben.

„Zeitpolitik“ im erweiterten Rahmen der kommunalen Zeitgestaltung zu betreiben, wurde als neuer Weg angesehen, mit dem sich nun Frauen aus Gewerkschaften seit einigen Jahren beschäftigen. In Orientierung an dem Konzept von „Zeiten der Stadt“ haben sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Dienstleistungsgewerkschaft VER.DI (als übergreifende Interessensvertretungen) bisher dem Thema angenommen. Dazu zählen unter anderem diese Aktivitäten:

- Vom DGB-Bundesvorstand wurde im April 1999 ein Handlungsleitfaden für DGB-Frauen heraus gegeben mit Umsetzungsvorschlägen für die Gestaltungspolitik „Zeiten der Stadt“.
- Die Initiative für das Projekt „Zeiten der Stadt“ in Hannover im Rahmen der EXPO 2000 ging von regional aktiven Frauen aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und aus der Gewerkschaft ÖTV (inzwischen VER.DI) aus.
- Die Gewerkschaft VER.DI verfolgt auf Bundesebene das Thema „Zeitpolitik“ in Orientierung an dem Gestaltungsansatz „Zeiten der Stadt“ weiter. 2002 fand eine bundesweite Zeitkonferenz statt, im März 2003 wurde gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag eine Fachtagung ausgeführt. Zur Zeit werden Zeitprojekte exemplarisch durchgeführt. (Siehe Fall 5)

Als schwierig erwies sich dieser Prozess der Zeitggestaltung und -umverteilung oftmals, weil Interessen von Mitgliedern aus Einzelgewerkschaften im Konflikt miteinander standen. Der Zusammenschluss von Einzelgewerkschaften zur VER.DI Dienstleistungsgewerkschaft wird als eine gute Voraussetzung für neue Lösungen angesehen, weil Menschen mit unterschiedlichen Zeit-Interessen innerhalb einer Gewerkschaft ihre Vorstellungen miteinander aushandeln.

Kommunale Zeitpolitik

Grundlagen der Zeitpolitik in Städten und Gemeinden

Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip gehört die zeitbezogene Politik in Städten zur Aufgabe der kommunalen Parlamente (Gemeinderat):

- Ein grundlegendendes Gesetz in Deutschland ist das Gesetz zur "Kommunalen Selbstverwaltung". Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes garantiert die kommunale Selbstverwaltung. Bürgermeister/in oder Oberbürgermeister/in und Gemeinderat/Stadtrat bilden das Selbstverwaltungsgremium, den Gemeinderat.
- In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Gemeinden nur an die Gesetze gebunden. Die Gemeinden sind berechtigt und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, zur Förderung des Wohles ihrer Einwohnerinnen und Einwohner alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, soweit diese nicht kraft Gesetzes anderen Stellen übertragen wird.
  Die Gemeinden haben insbesondere die Aufgabe, das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern.
  Den Gemeinden kann durch Gesetz die Erfüllung einzelner Aufgaben zur Pflicht gemacht werden (Pflichtaufgaben).
- Die Städte sind in Deutschland auf Landes- und Bundesebene im „Städtetag" zusammen geschlossen. Der Deutsche Städtetag vertritt aktiv die kommunale Selbstverwaltung. Er setzt sich dafür ein, dass Bund, Länder und Europäische Union die Garantie der „kommunalen Selbstverwaltung" in ihrer Arbeit beachten und umsetzen. Die städtischen Interessen müssen gewahrt, der Handlungsspielraum der Städte darf nicht eingeschränkt werden. Aufgaben dürfen nur auf die kommunale Ebene verlagert werden, wenn die Städte dem zustimmen. Geben Bund, Länder oder die Europäische Union Aufgaben ab, müssen sie das Geld dafür bereitstellen.

Sensibilisierung für die städtische Zeitpolitik

- Kommunen – Städte und Gemeinden – entscheiden über die Einführung von Maßnahmen zur kommunalen städtischen Zeitpolitik in eigener Verantwortung.
- Zeitpolitik als kommunale Politik gibt es in Deutschland nur in wenigen Großstädten. Z.B. haben sich Bremen, Hamburg und Hannover im Rahmen der EXPO 2000 zum sogenannten Nordverbund unter dem Namen „zeiten:der:stadt" zusammen geschlossen und unterschiedliche Projekte zur Zeitpolitik eingeführt.
- In Deutschland müsste für das Thema Zeitpolitik in den Städten erst noch sensibilisiert werden. Zeitpolitik als kommunales Handlungsfeld ist im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung anzusiedeln. Dass es Landes- oder Bundesgesetze dafür geben wird, ist nicht zu erwarten. Ein erster Schritt, Zeitpolitik als kommunales Handlungsfeld zu erschließen wird zur Zeit unternommen, indem sich der Deutsche Städtetag dem Thema annähert.
- Der Städtetag hat unter anderem die Aufgaben, seine Mitgliedsstädte über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen zu beraten und zu informieren und den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern herzustellen und zu fördern. In diesem Rahmen wurden Veröffentlichungen zu dem Thema „Zeiten der Stadt" vorbereitet und im März 2003 auf Bundesebe eine Fachtagung gemeinsam mit der Gewerkschaft VER.DI ausgeführt.

4.2 Die fünf Fälle

4.2.1 Zeitbüro Bremen

Absichten und Ziele

Im Rahmen der langfristigen Stadtentwicklung ist es die Aufgabe des Büros, die Strukturierung und Koordination von Zeit stadtteilbezogen und bedarfsorientiert zu unterstützen, nit dem Ziel der Verbesserung des Alltagslebens von Bürgerinnen und Bürgern.

Ziele: Erhöhung der Lebensqualität im Stadtteil durch Strukturierung und Koordinierung von Zeit; Sensibilisierung für zeitbezogene Konflikte und für die Notwendigkeit, Zeitstrukturen neu zu gestalten; Anpassung der Zeiten von öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit dem Bedarf der Einwohnerschaft; Schaffung einer Partizipationskultur.

Prozess und Produkte

Folgende Aktivitäten werden vom Büro unterstützt bzw. selbst ausgeführt:

- Befragungen zu bestehenden Zeitstrukturen und Veränderungswünschen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern und bei Bürgerinnen und Bürgern.
- Einführung von neuen Dienstleistungszeiten: Aktivitäten wurden geplant und in die Praxis umgesetzt, wie z. B. einheitliche Öffnungszeiten aller Behörden an einem Tag in der Woche, Veränderung der Öffnungszeiten bei Ärzten, Verständigung zwischen Geschäftsinhabern über Öffnungszeiten, Umgestaltung von öffentlichen Plätzen (Bahnhof).
- Vermittlung bei Zeitkonflikten und Synchronisationsleistungen, um Kompromisse zwischen Dienstleistern und Bürgerinnen/Bürgern zu finden.
- Information und Anregungen: Austausch (workshops und Runde Tische) über praktische Experimente/modellhafte Zeitgestaltung auf lokaler Ebene, Ausstellungen und Vorträge.

Bürgerinnen und Bürger, öffentliche und private Dienstleister (städtische Ämter, Kindertagesstätten, ÖPNV, Einzelhandel, usw.) wurden in einen allgemeinen Aushandlungsprozess einbezogen:

- Zu Beginn gab es eine Ausstellung und öffentliche Veranstaltungen um für das Thema „Koordination und Synchronisation von Zeit“ zu sensibilisieren und öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen. Befragungen wurden durchgeführt.
- Das „Forum alltagsfreundliches Vegesack“ wurde gegründet. Über zwanzig lokale Institutionen und Verbände (z.B. Stadtteilämter, Kirchen, Einzelhandel, kulturelle und soziale Einrichtungen, öffentlicher Nahverkehr, usw.) konnten zur Teilnahme motiviert werden. Das Forum als zentrales Gremium und neuartige Vernetzungsstruktur stellt die Voraussetzung dar, um kooperative und konsensfähige Lösungen für die Zeitstrukturierung im Stadtteil zu finden.
- Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern führten zur Identifizierung von Problem- und Zeitkonflikten und zu den Arbeitsschwerpunkten des Zeitbüros.

Die Ziele des Zeitbüros sind langfristig angelegt. Der Prozess zur Sensibilisierung für die Lösung von zeitbezogenen Konflikten und zur Umstrukturierung von Zeitnutzung hat begon-

nen. Die Partizipationskultur wurde durch die Gründung der umfassenden Netzwerkstruktur im Stadtteil verbessert. Einzelen Aktivitäten wurden in die Praxis umgesetzt.:

- Ein erstes wichtiges Ergebnis war die Einführung eine Dienstleistungstages (von 8 bis 18 Uhr) mit angeglichenen Öffnungszeiten von Geschäften und Ämtern.
- Eine Mobilitätsbörse Bremen-North wurde gegründet, die in Zussammenarbeit mit dem ÖPNV die Verkehrssituation verbessern will, indem die Fahrzeiten der verschiedenen Verkehrsmittel besser dem Bedarf der Benutzenden angepasst werden.
  Beteiligungs- und Moderationsverfahren wurden eingeführt, die verlässliche Kinderbetreuungszeiten erreichen sollen.

Schlüsselpersonen

Eine Angestellte im Büro und themenbezogene Gruppen für den Entwicklungsprozess. Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation: Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg und Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen.

4.2.2 Stadtentwicklung Bremen

Absichten und Ziele

Langfristige Politik der Stadtentwicklung, bei der die Zeitstrukturierung ein wesentliches Ziel ist. Die Notwendigkeit von Wirtschaftsförderung ausgelöst durch die Krise in der Schiffbauindustrie, Arbeitslosigkeit usw. und Verwaltungsreform (Modernisierung der Stadtverwaltung) waren Anlässe für die Beschäftigung mit städtischer Zeitgestaltung. In diesem Rahmen sollte Zeitpolitik, d.h. Koordination von städtischen Zeitstrukturen, zu einer besseren Lebensqualität und zu besseren Möglichkeiten der Gestaltung des Alltagslebens von Bürgerinnen und Bürgern beitragen. Die Stadtregierung sieht den Umgang mit Zeitkonflikten als ein öffentliches Thema für die gesamte Einwohnerschaft an. Es sollen Optionen zur Wahl bei der Zeitnutzung (individuelle Strukturierung von Zeit) geschaffen werden und neue Erfahrungen mit Zeit ermöglicht werden, um das Alltagsleben zu bereichern (Zeitqualität).

Ziele sind:

- Erarbeitung eines Leitbildes „Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“;
  Entwicklung eines Konzepts für das Gesamtprojekt „langfristige Stadtentwicklung und Zeitstrukturierung“, Planung von Einzelprojekten und deren Umsetzung.
- Schaffung von Bedingungen und Methoden der Partizipation, die es ermöglichen Menschen und Instititutionen in den Prozess der Zeitgestaltung einzubeziehen.
- Zivilgesellschaftliche Mobilitäts- und Zeitpakte, die vor allem die Öffnungszeiten, die Versorgung von Kindern, den öffentlichen Nahverkehr, die öffentliche Sicherheit betreffen. Dazu gehört die Koordination unterschiedlicher städtischer Zeitstrukturen, wie Geschäftszeiten, Fahrpläne des öffentlichen Nahverkehrs, Arbeitszeiten mit der individuellen und familiären Organisation des Alltagslebens.

Prozesse und Produkte

Bei den Aktivitäten handelt es sich eher um Steuerungmaßnahmen als um die konkrete Umsetzung von Einzelprojekten. Die konkrete Umsetzung soll in den Stadtteilen und auf der Ebene einzelner städtischer Verwaltungsressorts vorgenommen werden. Auf einigen Feldern wurden Einzelprojekte geplant und teilweise ausgeführt:

- Mobilitätskontrakte: Mobilität und Alltagsqualität in Bremer Stadtteilen ist der Schwerpunkt, in dem Probleme der Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von Arbeitsstätten, Dienstleistungsanbietern, Einkaufsgelegenheiten und Konflikte zwischen den Funktionen „Wohnen“ und „Verkehr“ behandelt werden.
- Im Schwerpunkt Lokale Zeitpakte und Revitalisierung von Stadteilzentren werden zeitpolitische Beiträge zur Stärkung und Belebung der Zentrenfunktionen erarbeitet.
- Der Schwerpunkt Soziale und biografische Zeitarrangements konzentriert sich auf die Entwicklung von Lösungsansätzen für Zeitkonflikte, die typischerweise im Zusammenhang mit bestimmten biografischen Phasen oder sozialen Lagen auftreten.

In diesem langfristigen Prozess gibt es top-down und bottom-up-Prozesse. Einerseits sind Steuerungsgruppen eingesetzt, wie ein aus den beteiligten Senatsressorts und wissenschaftlichen Partnern zusammen gesetzter Arbeitsstab, eine Koordinierungsstelle und ein Projektteam. Andrerseits sind Bürger und Bürgerinnen, private und öffentliche Betriebe, Verkehrsbetrieb, Gewerbetreibende, usw. aktiv, um bezogen auf Stadtteile konkrete Einzelprojekten zu entwickeln und umzusetzen.

Umsetzung: Innovative Mobilitäts- und Zeitpakte in vier Stadtteilen, die sich auf die bessere Abstimmung der verschiedenen Nahverkehrsmittel mit dem Bedarf der Nutzenden beziehen; Synchronisation von Kinderbetreuungszeiten mit Arbeitszeiten; Vereinfachung der zentralen und dezentralen Verwaltungsprozesse.

Evaluation: Untersuchungen zum Bedarf von Bürgerinnen und Bürgern und zum spezifischen Bedarf von Eltern, workshops zwischen Anbietern und Nutzenden von zeitbezogenen Dienstleistungen.

Netzwerke: *„Forum Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“.* Das Ziel des Forums war die Sensibilisierung für Zeit als eines öffentlichen Themas. Mitglieder: Gewerkschaften, Kammern, Verbände, Kirchen, Behörden, Universität, usw. Stadtteil- oder themenbezogene Gruppierungen (Bürgerinnen und Bürger, private und öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, Verkehrsbetriebe).

Schlüsselpersonen

Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die Förderung des Bewusstseins für Zeitpolitik und Sensibilisierung für Zeit als öffentliches Thema: Oberbürgermeister. Planung, Umsetzung und Management: Federführung auf politischer und administrativer Ebene durch den Senator für Bau und Umwelt; Einbeziehung der Senatsressorts, die mit Fragen der Zeitpolitik befasst sind; Universität Bremen und Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation. Mitglieder dieser Institutionen bilden einen Arbeitsstab.

4.2.3 Stadt Hamburg, Senatsamt für die Gleichstellung

Absichten und Ziele

Das Ausgangsziel für zeitbezogene Projekte war eine bessere Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche, wie etwa Erwerbsarbeit und Familie bzw. Freizeitgestaltung, Verbesserung der Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen mit Abstimmungsproblemen, vor allem erwerbstätige Mütter.

Beabsichtigt war die bessere Nutzung von Dienstleistungen durch neue Öffnungszeiten sowie die Entwicklung innovativer zeitentlastender Dienstleistungsangebote bezogen auf die Zeitbedürfnisse von berufstätigen Frauen. Das Gesamtprojekt war als allgemeine Strategie für einen Stadtteil geplant. Die ersten Aktivitäten bezogen sich auf die Veänderung der Sprechzeiten in Praxen von Ärzten und Zahnärzten, Verbesserung der Wartezeiten in städtischen Ämtern, Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung.

Prozess und Produkte

Untersuchungen: Im Stadtteil Barmbek-Uhlenhorst wurden die Zeitbedürfnisse und Zeitprobleme der dort lebenden Frauen, insbesondere der berufstätigen Mütter untersucht.

- Ca. 400 persönliche Gespräche mit Zeitnachfragerinnen sowie etwa 200 Befragungen bei Zeitanbietern wurden durchgeführt.
- Gleichzeitig wurden alle bestehenden Zeitstrukturen, zum Beispiel die Öffnungszeiten von Kindergärten, Behörden, Schulen, Arztpraxen, Läden und Freizeiteinrichtungen sowie das örtliche Nahverkehrsangebot erfasst.
- Befragungen mit verantwortlichen Personen in Gewerkschaften, Kammern, Verbänden, Kirchen und spezifischen städtischen Ämtern wurden durchgeführt.

Umsetzung:

- Ein Teil der Arzt- und Zahnarztpraxen im Stadtteil konnten motiviert werden, während der Modellphase ihre Öffnungszeiten zu verändern. Nach einer Laufzeit von 9-10 Monaten bestand eine hohe Akzeptanz bei den Patientinnen und Patienten. 8 Praxen hatten sehr gute Erfahrungen mit ihren neuen Behandlungszeiten gemacht. Das führte zu Empfehlungen, die auch in anderen Hamburger Stadtteilen Arzt- und Zahnarztpraxen zur Veränderung ihrer Sprechzeiten motivieren sollten.
- Maßnahmen zur besseren Abstimmung von institutionalisierter Kinderbetreuung mit Arbeitszeiten wurden geplant. Die Umsetzung von Modellprojekten konnte nicht ausgeführt werden, weil das Gesamtprojekt „Zeiten der Stadt“ ausgesetzt wurde. Umfangreiche Maßnahmen zur institutionellen Kinderbetreuung wurden von der Stadt Hamburg fortgesetzt, jedoch nicht im Rahmen von „Zeitpolitik“.
- In einem weiteren Projekt von „Zeiten der stadt“ wurde die Präsenz der Polizei im Stadtteil erhöht. Es gab neue Dienstzeitregelungen und eine Ausweitung der Straßenpräsenz.

Schlüsselpersonen

Senatsamt für die Gleichstellung; Wissenschaftlerinnen des Forschungsinstituts *empirica*

4.2.4 Stadft Hanau

Absichten und Ziele

Verminderung des Alltagsstresses durch eine neue Zeitkultur, gerechtere Verteilung der Familienarbeit von Frauen und Männern, Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens, eine frauengerechte Stadtplanung. Die Verbesserung der Abstimmung von Arbeitszeiten mit den Zeiten des öffentlichen Nahverkehrs, sowie von Einzelhandel, Banken, Arztpraxen, Beratungseinrichtungen waren das Hauptziel.

Erste Aktivitäten richteten sich vor allem auf:

- Abstimmen von Arbeitszeiten mit den Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und mit einheitlichen Schulzeiten.
- Lösungen für Problempunkte in der Tagesbetreuung von Kindern: Tagesbetreuun während der Ferienzeiten, Notfallbetreuung bei Krankheit der berufstätigen Mutter (Vater) oder bei Krankheit eines Kindes.

Prozess und Produkte

Das „Frauenplenum“ der Stadt Hanau erarbeitete eine Konzeption für eine frauengerechte Stadt. Die Stadt Hanau förderte das Vorhaben, indem die Oberbürgermeisterin der Stadt Hanau das Projekt befürwortete und die Kommune das Frauenbüro mit der Durchführung des Projekts in Zusammenarbeit mit dem Frauenplenum beauftragte. Aktivitäten des Gesamtprojektes „Hanau – die zeitbewusste Stadt“:

- Bildung eines Projektbeirates. In diesem Beirat sind die wesentlichen „Zeitanbieter“ der Stadt, d.h. Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Frauenplenum, vertreten. Die Einzelprojekte „Erweiterung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten (Kitas)“ und „Problempunkte in der Tagesbetreuung von Kindern“ sind im Gesamtprojekt „Hanau – die zeitbewusste Stadt“ angesiedelt.
- Entwicklung eines Umsetzungsplans für eine frauengerechte Stadt. Einzelprojekte wurden geplant, insbesondere die Verbesserung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten, Änderung von Sprechzeiten, Öffnungszeiten, Fahrzeiten des öffentlichen Nahverkehrs, usw.
- Um die geplanten Aktivitäten umzusetzen wurden mehrere Netzwerke gegründet: Runde Tische, Projektgruppen für Einzelvorhaben von Bürgerinnen und Bürgern und jeweils (projektbezogen) verantwortlichen Personen aus Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen und dem Frauenplenum.

Folgende Einzelprojekte wurden begonnen:

- „Erweiterung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten“: Befragung von Frauen in Hanau, um die Zeitwünsche und –nöte zu erfassen. Bildung eines Runden Tisches zur Synchronisation von Öffnungszeiten (Kita) und Arbeitszeiten. Öffentliche Veranstaltungen zu diesem Thema. Erstes Ergebnis war die Erweiterung der Öffnungszeiten in einer Kindertagesstätte auf den Zeitraum von 6 bis 19.00 Uhr.
- „Problempunkte in der Tagesbetreuung von Kindern“: Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema „Notfallsituationen“ bezogen auf Kinderversorgung und Berufsarbeit befasste. Notfall heißt: In der eigenen Familie ist keine Betreuungsperson vorhanden, es

handelt sich um „unvorhergesehene, nicht planbare“ Vorkommnisse in der Familie oder um einen „Notfall für die Firma“ (Produktion muss weiter gehen). Erstes Ergebnis war ein Vertrag zwischen einem ortsansässigen Betrieb und der Stadtverwaltung für ein „Notelternprogramm“ erreichen. Dies beinhaltet die Organisation von Kinderbetreuung, wenn die Betreuung für ein Kind einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters plötzlich ausfällt. Weiterhin hält die Stadt „Notplätze“ in Kindertageseinrichtungen für das Unternehmen vor.

- Sicherheitsfragen wurden im Rahmen des Themas Gestaltung von öffentlichen Plätzen mit einbezogen.
- Die weitere Entwicklung von Diensten im Rahmen von „Zeitpolitik“ wurde ausgesetzt. Außerdem wurden einige Forderungen aus dem Projekt erfüllt (Verkehr, dezentrale Stadtläden, etc.), die aber nicht direktes Resultat aus dem Projekt waren sondern im Rahmen der Verwaltungsreform bzw. eines neuen Verkehrskonzeptes entstanden sind. Nicht messbar sind die Impulse, die zuvor in der Diskussion von dem Projekt ausgegangen sind.

Schlüsselpersonen und -institutionen

Initiative durch das *Frauenplenum*, Ausführung vom Frauenbüror der Stadt Hanau in Kooperation mit dem *Frauenplenum*.

4.2.5 Berlin – Gewerkschaft VER.DI - Frauenabteilung

Absichten und Ziele

In vielen Bereichen der Gewerkschaft ver.di sind überwiegend Frauen beschäftigt. Sie erbringen einerseits Dienstleistungen mit unterschiedlichen Arbeitszeitregelungen, z.B. als Krankenschwestern, als Erzieherinnen, Verkäuferinnen oder Postangestellte. Andererseits sind sie als Bürgerinnen gleichzeitig Nutzerinnen von Dienstleistungen. Hierdurch entstehen in der Praxis eine Vielzahl von Zeitinteressen und Zeitkonflikten.

Zeitinteressen können sein: Selbstbestimmte, bedarfsgerechte Arbeitszeiten, verlässliche Einkaufszeiten, bedarfsgerechte Service- und Kinderbetreuungszeiten. Zeitkonflikte können entstehen, wenn z.B. die Erzieherin erst einmal nicht bereit ist, auf Bedürfnisse der Verkäuferin oder Postangestellten nach veränderten Betreuungszeiten einzugehen, weil sie Veränderungen ihrer bisherigen Arbeitszeit befürchtet.

Das Projekt soll dazu dienen, die betriebliche und städtische Zeitgestaltung miteinander zu verknüpfen und voranzutreiben. Dadurch sollen neue Maßstäbe für eine Zeitgestaltung entworfen werden, die den – oft sehr unterschiedlichen und ausdifferenzierten – Zeitbedarfen von Frauen, Männern und Kindern gerechter werden als bisher.

Die Aktivitäten beziehen sich auf folgende Themen:

- Unterschiedliche Interessen und Konfliktfelder zwischen den Beschäftigten von verschiedenen „Zeitanbietenden“/Dienstleistungsbetrieben sollen sichtbar gemacht werden.
- Konfliktfelder zwischen Beschäftigten (genderorientiert) und NuterInnen (genderorientiert) sollen aufgegriffen werden.
- Es sollen Lösungen gefunden werden, von welchen alle Seiten profitieren: die Beschäftigten, die NutzerInnen und die ArbeitgeberInnen.
- Es sollen Instrument erarbeitet, analysiert und ausgewertet werden, die dazu dienen, o.g. Probleme und Konfliktfelder zu lösen. Wesentliche Kriterien hierbei sind Beteiligungsorientierung und die Nachhaltigkeit.
- Es sollen in den unterschiedlichen Dienstleistungsbereichen innovative und maßgeschneiderte Arbeitszeitmodelle sowie (neue) Lösungen für bedarfsgerechte Servieczeiten entwickelt werden.
- Die Modelle, Methoden und Instrumente sollen verallgemeinerbar und zukunftsweisend sein für die gesamte Organisation.

Prozess und Produkte

Das Berliner Projekt ist Teil des Modellprojektes „Zeitprojekte: Zeitfragen sind Streitfragen“ der Gewerkschaft VER.DI. In diesem Rhamen begann die Planung und Entwicklung von neuen Lösungen für bedarfsorientierte Dienstleistungszeiten in einem Stadtteil. Ein Krankenhaus, ein Kaufhaus und eine Kindertagesstätte nehmen an diesem Modellprojekt teil.

Das Projekt wurde geplant, Partner wurden gesucht. Um das Projekt voranzubringen wurden Informationsveranstaltungen, Projektpräsentationen und Workshops durchgeführt. Um die Planungen in die Praxis umzusetzen wurden Runde Tische, Projektgruppen, Workshops durchgeführt mit Angestellten in Dienstleistungsberufen und Nachfragenden von solchen Diensten (Krankenversorgung, Handel, Kinderbetreuung) und mit Leitungskräften, Betriebs-/Personalräten, Behördenvertretern, usw.

Schlüsselpersonen

Frauenabteilung der Gewerkschaft VER.DI. Mitglieder der Gewerkschaft auf örtlicher Ebene. Beratungsinstitut ISA Consult für die Beratung und Entwicklung.

4.3 Indikatoren

Erfolgversprechende bzw. schwierige Aspekte

Anlässe und Strategien

Konflikte mit Zeit im Alltagsleben von Frauen waren der Ausgangspunkt für Zeitdiskussionen und Zeitpolitik in den Städten Hamburg und Hanau und bei der Gewerkschaft Ver.di.

Die Zeitpolitik in Bremen wurde durch wirtschaftliche Krisen und durch die Verwaltungsreform ausgelöst. Deshalb wurde Zeitgestaltung und der Umgang mit Zeitkonflikten als eine gesamtpolitische Aufgabe angesehen.

Als politische Strategien von Politik oder Verwaltung wurden die Projekte in Bremen, Hamburg und in der Gewerkschaft Ver.di in Gang gesetzt und stellten damit in der Gründungsphase „top-down"-Ansätze dar.

In Hanau kam die Initiative von engagierten Frauen aus verschiedenen Verbänden und Organisationen. Damit handelte es sich um einen „bottom-up"-Ansatz.

Prozesse

Nachfolgend wird auf einige spezifische Aspekte des jeweiligen Prozesses verwiesen.

- In Bremen war der Zeitgestaltungsprozess „von oben" ausgelöst. Auf dieser Basis wurden konkrete Bereiche fixiert, in denen ein Zeitenwechsel stattfinden müsste. Daraufhin kamen verschiedene Einrichtungen zusammen, um gemeinsam die anstehenden Themen unter dem Aspekt „Zeit" anzugehen. Übergreifende soziale Prozesse entwickelten sich zwischen Behörden (z.B. Stadtbibliothek, Volkshochschule, Finanzamt, Bauamt), Kirchen, Einzelhandel, Kultureinrichtungen, Bürgerhaus, sozialen Einrichtungen (z.B. Seniorentelefon, Freiwilligenagentur, Arbeiterwohlfahrt), Verkehrsunternehmen, usw. *Es war ein neuer Ansatz, die betroffenen Personen und Instituionen systematisch mit einzubeziehen. So wurden in dem Prozess „bottom-up"-Aktivitäten ausgelöst.*
- In Hamburg wurde das Projekt „Zeiten der Stadt" vom Senatsamt für die Gleichstellung initiiert und entwickelt und war verbunden mit Handlungsforschung. Das Gesamtprojekt wurde für einen Stadtteil als politische Gesamtstrategie geplant. Partizipationsprozesse standen nicht im Vordergrund. *Die langfristig angelegte Strategie wurde wegen eines Regierungswechsels unterbrochen.*
- In Hanau wurde das Projekt „Hanau – eine zeitbewusste Stadt" durch die Oberbürgermeisterin und den Gemeinderat unterstützt. Im weiteren Prozess wurde Zeitgestaltung nicht als gesamtpolitische Strategie der Stadt angesehen sondern an die Abteilung „Frauenbüro" delegiert. Obwohl das Projekt damit ein Stück weit als „Frauenprojekt" angesehen wurde und weniger als übergreifendes gesamtstädtisches Projekt, ist das Thema Zeit stärker ins öffentliche Bewusstsein gedrungen (z.B. als ein Thema in Firmen). *Während des Prozesses stellte sich heraus, dass es schwierig war die Ehrenamtlichen in den Arbeitsgruppen für einen längeren Zeitraum zu gewinnen und zu motivieren und ihr Engagement aufrecht zu halten, auch wenn Erfolge auf sich warten ließen.*
- VER.DI: In Gewerkschaften wurde das Thema „Synchronisation von (Berufs)Arbeit und Familienarbeit" zunehmend als ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt angesehen. Bisher wur-

den die bestehenden Interessen und Konflikte eher einzelgewerkschaftlich und damit eher partiell angegangen die ÖTV z.B. hatte im Konfliktfall in erster Linie die Arbeitszeitinteressen der Erzieherinnen zu berücksichtigen und weniger die Kinderbetreuungsinteressen der Postbeschäftigten bzw. der Verkäuferinnen und umgekehrt.
Im Zusammenschluss in einer Gewerkschaft kann nun ein innovativer Weg beschritten werden, indem Zeitfragen umfassend und vernetzt betrachtet und gelöst werden. Durch die Entwicklung von bedarfsgerechten Arbeitszeiten und Öffnungszeiten, verbunden mit neuen Formen der Beteiligung und des Aushandelns, sollen die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden. *Die politische Strategie von VER.DI richtet sich auf die Schaffung von Partizipationsbedingungen und -mehoden, die es ermöglichen Personen und Institutionen in Prozesse der Zeit(umst)rukturierung einzubeziehen. Vor allem Frauen setzen sich für die Einführung, Förderung und Verbreitung von Zeitpolitik ein.*

4.4 Schlußfolgerungen

Die folgenden Punkte können als Indikatoren für nachhaltige Ergebnisse angesehen werden:

- Förderung durch starke Organistionen und Führungskräfte (OberbürgermeisterIn, Vorsitzende in Gewerkschaften und Verwaltungen, demokratische Entscheidungsgremien, usw.).
- Entwicklung, Planung, Einführung, Management von innovativen Zeitstrukturen durch Fachexperten (Nahverkehr, Handel, soziale Dienste, Sicherheit, usw.).
- Verfahrensweisen bezogen auf die spezifischen Felder, wie Methoden im Umgang mit neuen Zeitpraktiken, Synchronisationsmethoden, Methoden im Umgang mit Zeitkonflikten (bei unterschiedlichen Zeitbedürfnissen) im Alltagsleben, usw.
- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgeren im Entwicklungsprozess, bei der Planung und während der Umsetzungsprozesse. Dafür sind Partizipationsbedingungen und –methoden nötig, wie Runde Tische, Workshops, stadtteil- bzw. themenbezogene Arbeitsgruppen, usw.
- Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Kongresse, usw.
- Umfragen, Studien, wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation durch Forschungsinstitute oder Universitäten (um Zeitkonflikte zu analysieren und professionelles Handeln in Zeitgestaltungsprozessen und Zeitpolitiken zu verbessern).

Literatur:

DGB-Bundesvorstand. Abteilung Frauenpolitik: Zeiten der Stadt. Handlungsleitfaden für DGB-Frauen. Berlin 1999.

Der Städtetag Nr. 1/2003, Zeit für Zeichen: Frauen verändern die Zeiten der Stadt.

Eberling, Matthias: Time Structures of the City. Case Study Bremen. Deutsches Institut für Urbanistik. http://www.difu.de/englisch/occasional/timestructures (11.12.2002)

Freie und Hansestadt Hamburg, Senatsamt für die Gleichstellung: Zeiten der Stadt. Hamburg 2001.

Geißler, Birgit: Alltagszeit und die “Zeiten der Stadt” – Von Italien lernen. In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materilien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 35-42.

Heitkötter, Martina: In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materilien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 273-281.

Hülsbergen, Gisela: Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt. Bericht über das Projekt aus Sicht des Zeitbüros Bremen – Vegesack. Stand: August 2002.

Issa, Sabine: Zeiten der Stadt – Forschungs- und Modellprojekt des Senatsamtes für die Gleichstellung Hamburg. In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 251-256.

Meyer, Imke: ‚Die zeitbewusste Stadt’ Hanau. In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materilien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 257-263.

Mückenburger, Ulrich u.a.: ‚Zeiten und Qualität der Stadt’. Bericht vom ersten Jahr des Aktionsforschungs- und Weiterbildungsprogrammes des deutschen Zweiges von EUREXCTER an der HWP Hamburg. In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 307-331.

Politische Ökologie Nr. 57/58, Ökologie der Zeit. Januar/Februar 1999.

Stadt Hanau: Hanau – die zeitbewusste Stadt. Unveröffentlichte Berichte des Frauenbüros. Stand Oktober 2001.

VER.DI Gewerkschaft, Deutscher Städtetag: Zeiten der Stadt. Report about a common conference on 5th March 2003, Berlin. http://www.ver.di.de.

Warsewa, Günter: Das Bremer Perspektive-Labor: Langfristige Entwicklungsperspektiven für den Stadtstaat Bremen. In: Mückenburger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. Bremen 2000, S. 282-294.

Weitere Informationen und Publikationen/Links:

Bundesministerium für Bildung und Forschung: http://www.Stadt2030.de/Bremen

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik: http://www.zeitpolitik.de

Deutsches Institut für Urbanistik: http://www.difu.de/publikationen

Expo-Nordverbund Bremen – Hamburg – Hannover: http://www.zeiten-der-stadt-de

Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik – HWP – Forschungsstelle Zeitpolitik: http://www.forschungsstelle-zeitpolitik.de

Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg: http:www.zeiten-und-qualitaet-der-stadt.de

Ver.di Gewerkschaft: Zeiten der Stadt. http://www.verdi.de

Universität Bremen, IAW – Institut Arbeit und Wirtschaft: http://www.iaw.uni-bremen.de